

Nachrichten aus Brüssel

Gesundheitspolitische Schwerpunkte der französischen Ratspräsidentschaft

Frankreich, das bis zum Jahreswechsel den Vorsitz im Europäischen Rat führt, hat Lösungen für den beim Referendum in Irland gescheiterten „Vertrag von Lissabon“ sowie Fragen der Energie- und Klimapolitik in den Mittelpunkt seiner Tätigkeit gestellt. Im Bereich der Gesundheitspolitik will die EU-Ratspräsidentschaft zu einem insgesamt hohen Gesundheitsniveau für alle Bürger beitragen. Hohe Priorität soll dabei der Richtlinie über Patientenrechte in der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung eingeräumt werden. Damit will die Kommission insbesondere Fragen der Kostenerstattung für medizinische Leistungen im Ausland auf Grundlage bestehender Urteile des Europäischen Gerichtshofs regeln. Zudem stehen im Zuge des für November 2008 erwarteten legislativen Vorschlags der Kommission das Problem der Verfügbarkeit und Sicherheit von Organspenden für Transplantationen sowie die Weiterentwicklung elektronischer Gesundheitsdienste („eHealth“) auf dem Arbeitsplan. Einen weiteren Schwerpunkt will Frankreich der Vorbeugung von Pandemien sowie dem Thema Alzheimer widmen.

Parlament diskutiert „Sozialpaket“

Das Europäische Parlament (EP) hat die Beratungen über die von der Europäischen Kommission im Juli 2008 vorgestellte erneuerte Sozialagenda eröffnet. Zu den insgesamt 19 Initiativen, vor allem in den Bereichen Beschäftigung und Soziales, Gesundheit sowie Bildung und Jugend des sogenannten „Sozialpakets“ zählt auch der Entwurf für eine Richtlinie „über die Ausübung der Patientenrechte in der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung“ von EU-Gesundheitskommissarin Androulla Vassiliou. Für die Beratungen im Europäischen Parlament wurde der britische Abgeordnete John Bowis, Mitglied im Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit, als Berichterstatter ernannt. Das EP ist im Rahmen des Mitentscheidungsverfahrens am Gesetzgebungsprozess beteiligt. Damit kann die geplante Richtlinie nur nach Zustimmung der Parlamentarier in Kraft treten.

EuGH zum Fremdbesitzverbot von Apotheken

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat das Verfahren zum sogenannten Fremdbesitzverbot von Apotheken eröffnet. Im Mittelpunkt steht dabei unter anderem die Frage, ob die deutschen Vorschriften, die den Betrieb beziehungsweise die Führung einer Apotheke nur approbierten Pharmazeuten gestatten, gegen die Niederlassungsfreiheit für Kapitalgesellschaften des EG-Vertrags verstoßen. Beim Verhandlungsauftritt verteidigte die Bundesregierung das in Deutschland im Gesetz über das Apothekenwesen verankerte Fremdbesitzverbot. Der ausgebildete Apotheker stehe „mit seiner gesamten Persönlichkeit dafür ein, dass dem Versorgungsgedanken Rechnung getragen wird“, betonte der Vertreter der Bundesregierung. Hintergrund des Rechtsstreits bildet die Zulassung einer niederländischen Aktiengesellschaft zum Betrieb einer „DocMorris“-Filialapotheke in Saarbrücken. Dagegen hatten die Apothekerkammer des Saarlandes, der Deutsche Apothekerverband und mehrere Einzelapotheken Klage eingereicht. Das abschließende Urteil des EuGH wird für Anfang 2009 erwartet.

EU: Bevölkerungsentwicklung

Der EU-Statistikbehörde Eurostat zufolge werden das Vereinigte Königreich und Frankreich im Jahr 2060 mehr Einwohner haben als Deutschland. Derzeit ist die Bundesrepublik noch das bevölkerungsreichste Land der Europäischen Union. Nach einem Bericht zur Entwicklung der Bevölkerung in der EU für den Zeitraum 2008 bis 2060 wird ab 2015 die Zahl der Sterbefälle die Zahl der Geburten übersteigen. Gleichzeitig belegt die Studie, dass der Anteil der älteren Menschen an der Bevölkerung der EU weiter zunehmen wird. Der Anteil der Menschen ab 65 Jahren wird von 17,1 Prozent im Jahr 2008 auf 30 Prozent am Ende des Erhebungszeitraums ansteigen. 2060 werden der Studie zufolge fast dreimal so viele Menschen wie heute 80 Jahre oder älter sein.

Annette Klüpfel

Vertretung des Freistaates Bayern bei der Europäischen Union